

QUARTALSBERICHT

Projektland: Argentinien

Quartal/Jahr: II/2011

SCHLAGZEILEN

1. **Macri stellt sich zur Wiederwahl in der Stadt Buenos Aires**
2. **Wahlen in sechs Provinzen – Regierungspartei vorn**
3. **Allianzen für Präsidentschaftswahl stehen fest**
4. **Argentinien beschränkt Handel und provoziert dadurch Konflikt mit Brasilien**
5. **Vorwurf der Veruntreuung an „Madres de Plaza de Mayo“**

MACRI STELLT SICH ZUR WIEDERWAHL IN BUENOS AIRES

Seinen engsten Beratern folgend, bestätigte Mauricio Macri (Propuesta Republicana, Pro, Republikanischer Vorschlag) seine erneute Kandidatur für die Bürgermeisterwahlen am 10. Juli. Als seine Vizechefin wählte er die 37 Jahre alte María Eugenia Vidal, die als aktuelle Ministerin der Stadtregierung für soziale Entwicklung, großes Fachwissen besitzt, jedoch für die Mehrheit der Wählerschaft ein eher unbekanntes Gesicht ist. Seinen Entschluss verbreitete Macri erstmalig über das soziale Netzwerk Twitter. Nach den neuesten Meinungsumfragen würde Mauricio Macri mit großem Abstand gewinnen. Trotzdem muss er sich anstrengen, um nicht eine Stichwahl zu riskieren. Laut einer aktuellen Umfrage vereint er 40,8% der Stimmen auf sich, gegenüber 23,2%, die auf seinen größten Rivalen Senator und Kirchnerist Daniel Filmus entfallen. Weit abgeschlagen sind Pino Solanas mit 13,1% und viele weitere Kandidaten mit weniger als fünf Prozent. 54% sind mit seiner laufenden Amtsführung zufrieden. Das ist eine der höchsten Zustimmungsraten für die Administration der Stadt Buenos Aires. Macri tritt nun nicht mehr als Herausforderer von Cristina an. (Präsidentschaftswahlen im Oktober)

NACHWAHL IN DER REGION CHUBUT

Nach 69 Tagen der Unsicherheit, wurde der Kandidat Martín Buzzi (Peronismo Federal, PF, Föderalistischer Peronismus) mit 36,71 Prozent der Stimmen zum Gouverneur der Provinz Chubut gewählt und setzte sich so gegen den Kirchneristen Carlos Eliceche durch. Am 29. Mai fand in der Provinz die Nachwahl statt, nachdem die Ergebnisse der Wahl vom 20. März unvollständig geblieben waren. Die Resultate von sechs der

insgesamt 1133 registrierten Wahllokale waren annulliert worden. Eliceche (Frente Para La Victoria, Front für den Sieg) hatte die Nachwahl in den sechs Wahllokalen mit einem Vorsprung von 51 Stimmen gewonnen. Jedoch wurde Gegenkandidat Buzzi die Differenz von 435 Stimmen aus der eigentlichen Wahl zugesprochen, sodass letztendlich dieser mit 384 Stimmen Vorsprung als Sieger aus der Wahl hervorgeht. Chubut repräsentiert 1,3% der nationalen Wählerschaft.

WAHLEN IN DER PROVINZ LA RIOJA

Am 29. Mai wurde der Kirchnerist Luis Beder Herrera in seinem Amt als Gouverneur der Provinz La Rioja bestätigt. Er siegte mit deutlichen 67,11% gegen den Kandidaten Julio César Martínez der Partei „Frente Cívico Para El Cambio“ (Bürgerliche Front für den Wechsel), der nur 19,64% der Stimmen auf sich vereinen konnte. Der Kirchnerismus von Herrera errang den Sieg, nachdem er 50 Allianzen mit verschiedenen Parteien aus der ganzen Provinz geschlossen hatte, darunter die Partei „Lealtad y Dignidad“ (Ehrlichkeit und Würde) des Expräsidenten Carlos Menem. Die Präsidentin setzte sehr auf die Wiederwahl Herreras. La Rioja repräsentiert 0,8% der nationalen Wählerschaft.

WAHLEN IN DER PROVINZ MISIONES

Der amtierende Gouverneur der Provinz Misiones, Maurice Closs (Frente Renovador, Front der Erneuerer), wurde mit 77% der Stimmen deutlich im Amt bestätigt. Closs ist ein enger Verbündeter der Präsidentin Cristina Kirchner. Zweiter wurde Ricardo Andruszszyn (Frente de la Esperanza, Front für die Hoffnung) mit 5,29% der Stimmen. Misiones repräsentiert 2,7% der nationalen Wählerschaft.

WAHLEN IN DER PROVINZ TIERRA DEL FUEGO

Die aktuelle Regierungschefin, Fabiana Ríos (Partido Social Patagónico, Sozialpartei Patagonien), muss sich in der Provinz Tierra del Fuego einer Stichwahl gegen ihre Konkurrentin Rosa Bertone (Frente Para La Victoria, Front für den Sieg) stellen. Bertone gewann mit 12 Prozent Vorsprung gegen Ríos, erreichte damit aber nicht die gemäß der Verfassung von Tierra del Fuego benötigten fünfzig Prozent. Bertone wird von der nationalen Regierung unterstützt, doch auch Ríos rechnet mit der Zustimmung von Cristina Kirchner. Tierra del Fuego repräsentiert 0,3% der nationalen Wählerschaft.

WAHLEN IN DER PROVINZ NEUQUEN

In der Provinz Neuquen wurde der amtierende Gouverneur Jorge Sapag (Movimiento Popular Neuquino, Neuquinische Volksbewegung) am 12. Juni mit 45,42% der Stimmen wiedergewählt. Martín Farizano (Frente Neuquino, Neuquinische Front) erreichte 34,1%, Ricardo Villar (Coalición Cívica, Bürgerliche Koalition) dagegen nur 5,46%. Die MPN erhält mit 19 von 35 Sitzen die Mehrheit im Parlament von Neuquen für die nächste Legislaturperiode. Sapag ist seit 2007 einer der zentralen Verbündeten des Kirchnerismus. Neuquen repräsentiert 1,4% der nationalen Wählerschaft.

VORWAHLEN IN SANTA FE

Am 22. Mai fanden in der Provinz Santa Fe die vorgeschriebenen, offenen und gleichzeitig abgehaltenen Vorwahlen statt. Ziel war die Bestimmung eines Kandidaten für die Gouverneurswahlen der Pro Partei. Der Kirchnerist Augustín Rossi setzte sich mit 39,92% als Kandidat für die Partei „Frente Santa Fe Para Todos“ (Front Santa Fe für Alle) gegen den Ex-Außenminister Rafael Bielsa durch, der nur 28,36% der Stimmen erhielt. Antonio Bonfatti, der Kandidat des amtierenden Sozialisten Hermes Binner, wurde mit 39,92% zum Kandidat für das Gouverneursamt der Partei „Frente Cívico“ (Bürgerfront) gewählt. Erstmals eingeführt wurde hier die Wahl mit einem einzigen Stimmzettel. Obwohl es sowohl Schwierigkeiten mit der Anzahl der Urnen als auch deutliche Verzögerungen gab, kann man den ersten Einsatz als Erfolg werten. Santa Fe repräsentiert 8% der nationalen Wählerschaft. In diesem Sinne ähnlich bedeutend ist Cordoba (8,2%). Stimmenreichste Provinz ist Buenos Aires mit 38,9%. In sechs von 24 Provinzen des Landes haben die Gouverneurswahlen bereits stattgefunden. Die Regierungspartei „Frente Para La Victoria“ (Front für den Sieg) konnte dabei in vier Provinzen den Sieg erringen. Bis jetzt haben nur ca. 10% der nationalen Wählerschaft ihre Stimme in der Provinz abgegeben. Sechs Provinzen wählen ihre Gouverneure noch vor Oktober (Santa Fe, Córdoba, San Luis, Tucumán, Chaco sowie die Stadt Buenos Aires), die verbleibenden 12 Provinzen halten ihre Gouverneurswahlen gleichzeitig mit der Präsidentschaftswahl am 23. Oktober ab.

POLITIKBAROMETER – 8 ALLIANZEN

Am 21. Juni verkündete die amtierende Präsidentin der Republik, Cristina Fernández de Kirchner (Frente Para La Victoria, FPV, Front für den Sieg/ Partido Justicialista, PJ, Justizialisitische Partei), ihre erneute Kandidatur. Sie erklärte, sie habe diese Entscheidung für sich schon am 27. Oktober 2010, kurz nach dem Tod ihres Mannes Nestor Kirchner, getroffen. Den Wirtschaftsminister Amado Boudou wählte sie zu ihrem Wegbegleiter. Cristina legt damit ihren Schwerpunkt auf die Wirtschaftspolitik sowie die Einbeziehung der jüngeren Generation der Peronisten. Ricardo Alfonsín (Unión Cívica Radical, UCR, Radikale Bürgerunion) wählte Javier González Fraga zu seinem Mitstreiter, ein angesehener Wirtschaftswissenschaftler. Der Expräsident Eduardo Duhalde (PF) tritt mit Mario Das Neves (PF) für die Partei „Unión Popular“ (UP, Volksunion) an. Der Gouverneur von San Luis, Alberto Rodríguez Saá (PF), wird zusammen mit María Vernet für „Frente Compromiso Federal“ (Front Föderale Verpflichtung) kandidieren. Elisa Carrió (Coalición Cívica, CC, Bürgerliche Koalition) geht mit Adrián Pérez ins Rennen. Der Kandidat von „Frente Amplio y Progresista“ (Breite progressive Front) Hermes Binner (Partido Socialista, Sozialistische Partei) entschied sich für Norma Morandini. Margarita Stolbitzer wird für Binner's Partei für das Gouverneursamt in der Provinz Buenos Aires kandidieren. Für „Proyecto Sur“ (Projekt Süden) treten Alcira Argumedo und Jorge Cardelli gemeinsam an. Jorge Altamira (Partido Obrero, PO, Arbeiterpartei) repräsentiert zusammen mit Christian Castillo die Partei „Frente de la Izquierda“ (Linksfront). Julio Cobos (UCR) entschied sich gegen eine Kandidatur ebenso wie Daniel Scoli (FPV/PJ), der Gouverneur der Provinz Buenos Aires, der sich mit seinem neuen Verbündeten, Gabriel Mariotto, zur Wiederwahl stellen wird. Auch Mauricio Macri (Pro Partei) wird nicht antreten (s.o.).

Am 14. August finden landesweit die allgemeinen, offenen und vorgeschriebenen Vorwahlen statt. Nach einem Gesetz von 2009 sind die politischen Parteien verpflichtet, freie und offene Vorwahlen abzuhalten, in denen für jede Partei ein Präsidentschaftskandidat festgelegt wird. Dies muss 70 Tage vor der eigentlichen Wahl geschehen. Um bei den Präsidentschaftswahlen antreten zu können, müssen die Kandidaten jeweils 1,5% der nationalen Wählerschaft erreichen. Die Realität ist, dass jede der 8 nun gebildeten Wahlallianzen (Parteienbündnisse) nur jeweils einen Kandidaten aufstellt. Experten gehen daher davon aus, dass die Wahl eine Art Testlauf für den 23. Oktober sein wird. Auch könnte der Kandidat, der als Zweiter aus der Wahl hervorgeht, daraus einen Gewinn ziehen, indem er sich als starker Gegenspieler zu Cristina positioniert. Nach den neuesten Umfragen bewerten 49% der Bevölkerung die Regierung von Cristina Kirchner positiv (Mai 2011, Poliarquia Consultores). Aktuell liegt Cristina Kirchner mit 41% der Stimmen vorn, dahinter Ricardo Alfonsín mit 13,3% und Hermes Binner mit 11,2%. Alle anderen Kandidaten liegen unter 10% (20. Juni 2011, Opinión Pública Servicios y Mercados, OPSM).

ARGENTINIEN AUSSEN VOR BEI INTERNATIONALEM WIRTSCHAFTSTREFFEN

Vom 27. - 29. April fand in Rio de Janeiro das World Economic Forum statt, das sich ausschließlich mit Lateinamerika befasste. Auf der Tagesordnung standen wirtschaftliche, politische aber auch soziale und gesellschaftliche Themen. Brasilien nahm aktiv teil und sprach sein großes Interesse aus, neues ausländisches Kapital anzuziehen sowie seine internationale Rolle zu stärken. Die brasilianische Präsidentin Dilma Rousseff leitete die Hauptsitzung. Der brasilianische Außenminister Antonio Patriota identifizierte Mercosur (Gemeinsamer Markt Südamerikas) und Unasur (Union Südamerikanischer Nationen) als wichtige regionale Foren mit großer Bedeutung für sein Land. Argentinien war durch zahlreiche Unternehmer vertreten. Spärlich fiel die politische Präsenz aus, die sich auf zwei Mitglieder der Stadtregierung von Buenos Aires, Esteban Bullrich und Eugenio Burzaco, beschränkte. Das Interesse der nationalen Regierung Argentiniens an dem Forum ist wie seit Jahren weiterhin sehr gering.

ARGENTINIEN PROTEKTIONISTISCHSTES LAND DER WELT

Argentinien hat sich zum protektionistischsten Land der Welt entwickelt. Einerseits durch eine Vielzahl an Maßnahmen gegen Importe und andererseits durch die damit einhergehende massive Beeinträchtigung zahlreicher anderer Länder. Das zeigt eine Studie des Global Trade Alert, einer unabhängigen Organisation, die koordiniert wird durch das Zentrum für Studien zur politischen Ökonomie mit Sitz in London. Nach den neuesten Statistiken stiegen die Exporte infolge der Preissteigerung im ersten Quartal um 12%, die Importe dagegen um 38%. Die von Argentinien verhängten Importbeschränkungen beziehen sich generell auf ein Produkt, haben aber meist auf mehrere Länder Auswirkungen. Laut Bericht sind die am meisten betroffenen Länder der Region Brasilien mit 31 Restriktionen sowie Uruguay mit 24. Deutschland treffen 28, die USA 25. Die argentinische Regierung verlangt von Firmen, dass sie in Argentinien investieren, produzieren sowie den Export fördern (Export zum Gegenwert von Import) und verweigert denjenigen Unternehmen, die sich nicht darauf einlassen,

den Import ihrer jeweiligen Produkte ins Land. Argentinien fährt damit eine Politik der Importsubstitution, welche in einer globalisierten Welt nur überraschen kann.

HANDELSKONFLIKT ZWISCHEN ARGENTINIEN UND BRASILIEN

Brasilien ist stark betroffen von den zahlreichen Importbeschränkungen der Regierung Cristina Kirchners, die dadurch die nationale Wirtschaft schützen will. Allein dieses Jahr erhöhte sich die Anzahl der betroffenen brasilianischen Waren von 408 auf 577. Diese Waren erhalten keine automatische Einfuhrerlaubnis. Viele Unternehmer beschwerten sich, dass die benötigte Erlaubnis meist nicht innerhalb der festgelegten Frist von 60 Tagen von den argentinischen Behörden erteilt wird. Die argentinische Regierung rechtfertigte ihre Wirtschaftspolitik gegenüber Brasilien mit der Begründung, es gebe ebenso Beschränkungen für argentinische Produkte auf dem brasilianischen Markt. Die brasilianische Präsidentin Dilma Rouseff kündigte daraufhin eine Beschränkung für den Import von Autos, Reifen sowie Ersatzteilen an, die 39% der argentinischen Importe nach Brasilien ausmachen. In den letzten Wochen haben Argentinien und Brasilien sich bemüht, den Handelskonflikt zu entschärfen. Ungeachtet dessen bleiben die Restriktionen für die Einfuhr von Waren bestehen. Die beiden Regierungen einigten sich jedoch darauf, diese durch eine Reihe von Bestimmungen zu verringern. Die Lage bleibt angespannt.

STRAFE FÜR BERATUNGSFIRMEN

Das Staatssekretariat für Binnenhandel verhängte über 5 Consultingfirmen eine Strafe von 500.000 Pesos (ca. 85.000 Euro), wegen der Veröffentlichung von Konsumentenpreisindizes, die „jeglicher Wissenschaftlichkeit entbehren, Ungenauigkeiten enthalten und, da sie durch die Massenmedien kommuniziert werden, erhebliche negative Auswirkungen auf die Vermarktung von Waren und Dienstleistungen haben können“, so die offizielle Begründung. Es ist ein weiterer Schritt in der Offensive von Mario Guillermo Moreno (Staatssekretär für Binnenhandel) gegen die Ökonomen der privaten Wirtschaft, die über bestimmte relevante Variablen unabhängige Analysen erstellen. Diese Praxis existiert, seit die Regierung sich Anfang des Jahres 2007 in die Arbeit des offiziellen Statistikinstituts „Indec“ eingemischt hatte und dadurch die Vertrauenswürdigkeit offizieller Statistiken untergraben wurde. Der Verdacht liegt nahe, dass es sich bei Morenos „Strafaktionen“ um Willkür handelt, die darauf abzielt, die unabhängigen Bewertungen zu unterdrücken, die sich nicht mit den offiziellen Zahlen des fragwürdigen „Indec“ decken. Unterstützt von der politischen Opposition, reichte der Ausschuss für Redefreiheit die aktuellen Zahlen bei der Abgeordnetenkammer ein. Beteiligt waren Abgeordnete der UCR, des Peronismo Federal, der Coalición Cívica sowie der Pro-Partei, die zum ersten Mal die Inflationsrate der Berater veröffentlichten, die für den Monat Mai bei 1,5% lag. Die offizielle Ziffer laut „Indec“ lag bei rund 0,75%.

STAATLICHE KREDITE

Im letzten Jahr hatte Präsidentin Cristina Kirchner versprochen, der Staat werde sogenannte weiche Kredite in Höhe von 8 Milliarden Pesos (ca. 1,3 Milliarden Euro) gewähren, um dadurch die Produktion, die Exporte sowie die Beschäftigung deutlich

zu erhöhen. Bis zum jetzigen Zeitpunkt, ein Jahr nach dieser Ankündigung, wurden nur 19 Prozent des geplanten „Programms zur produktiven Finanzierung anlässlich der Zweihundertjahrfeier“ umgesetzt. Wenn man alle bewilligten, inklusive der noch nicht ausgezahlten Projekte mit einberechnet, belaufen sich die Kredite auf 3,2 Milliarden Pesos (ca. 550 Millionen Euro), was in etwa 40% der versprochenen Summe entspricht. Insgesamt haben bis jetzt 153 Unternehmen aus über 15 Provinzen Zugang zu dem Programm erhalten. Davon sind 61% Klein- und Mittelständische Betriebe. Die Kredite des Programms haben eine Laufzeit von 5 Jahren (ein Jahr ist kostenlos) mit einem festen jährlichen Zinssatz von 9,9% (Pesos). Die „Kreditpolitik“ der Regierung ist besonders in einem Wahljahr wie diesem von Bedeutung.

DER FALL SCHOKLENDER

Die Stiftung „Madres de Plaza de Mayo“, eine Schlüsselorganisation in der Menschenrechtspolitik Argentiniens zur Aufarbeitung der Militärdiktatur, widmet sich zahlreichen sozialen Projekten. Ein großer Teil der Gelder, die sie vom Staat und von der Regierung von Buenos Aires erhält, wird dazu verwendet, Sozialwohnungen und Krankenhäuser zu bauen. Bis jetzt wurden 5609 Häuser gebaut. Als Geschäftsführer eingesetzt und verantwortlich für die Verwendung der Gelder für die Bauprojekte war bis vor kurzem Sergio Schoklender. Nun wird er beschuldigt, für bestimmte Irregularitäten bei der Handhabung der öffentlichen Mittel verantwortlich zu sein. Die Baufirma Medlorek S.A., die alle Bauprojekte der Stiftung übernimmt, ebenso wie die Firma Telgopor, welche die Bausubstanz bereitstellt, sind zu 90% im Besitz von Schoklender. Die Anschuldigungen reichen von Veruntreuung von Geldern über Geldwäsche bis zu Staatsbetrug. Die nationale Regierung verteidigt und unterstützt die „Madres de Plaza de Mayo“, während die Opposition eine genauere Überprüfung der gesamten Stiftung fordert. Die Präsidentin der Stiftung, Hebe de Bonafini, stets besonderer Gast in allen Staatsakten, äußerte sich dazu bisher kaum. Der Verdacht wird laut, die Stiftung wäre darüber hinaus auch direkt von Hugo Chavez aus Venezuela unterstützt worden.

Dr. Mariella Franz

Die Autorin ist Leiterin der Vertretung der Hanns-Seidel-Stiftung in Buenos Aires, Argentinien

Bericht erstellt unter Mitarbeit von Lucas De Nardo & Tonia Hausmann.

IMPRESSUM

Erstellt: 30.06.2011

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer, Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: iz@hss.de | www.hss.de